

# Parlamentarischer NordSüdDialog

Juli 2018



Eröffnung der FAIRTRADE Ausstellung: Abg.z.NR Martin Engelberg, Projektkoordinatorin Jutta Kepplinger, der Präsident des Nationalrates Wolfgang Sobotka, Geschäftsführerin von EZA Fairer Handel Andrea Schlehuber, Vorstandsvorsitzender von FAIRTRADE Österreich Helmut Schüller, Abg.z.NR Petra Bayr.  
© Parlamentsdirektion/Zinner

**LEBEN VERÄNDERN  
DURCH WANDEL IM HANDEL**  
25 Jahre FAIRTRADE® Österreich  
Informationsausstellung zu fairem  
Handel und den Sustainable  
Development Goals im Parlament

**AGRAR- UND ENTWICKLUNGS-  
POLITIK IM WIDERSPRUCH?**  
Stellungnahmen der Parlaments-  
parteien zum Beispiel europäischer  
Agrarindustrie und regionaler Milch-  
wirtschaft in Burkina Faso

**BILDUNG UND IHR DEMO-  
KRATIEPOLITISCHER WERT**  
Herausforderungen, qualitativ hoch-  
wertige Bildung für alle (SDG 4) bereit  
zu stellen – Erfahrung und Anspruch  
in Sambia und Österreich

## Editorial



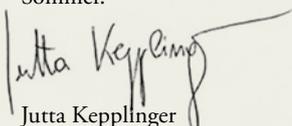
**Sehr geehrte Abgeordnete,  
liebe Leserinnen und Leser!**

Bevor das Parlament in seine Sommerpause geht, möchten wir Sie über die Schwerpunkte, Themen und Aktivitäten unserer Arbeit im ersten Halbjahr 2018 informieren. Entsprechend unserer Schwerpunktsetzung war der große Themenbereich des SDG 4 „Hochwertige Bildung für alle“ sehr präsent. Der Bericht „Das Parlament als Lernort für Demokratie“ ist eine Nachlese zu dem erfolgreichen Workshop zur Erstellung eines demokrati-politischen Bildungsprogrammes für sambische Schüler\_innen in Lusaka. Dass solche Bildungsprogramme wichtig sind, um das Vertrauen junger Menschen in die demokratischen Institutionen ihrer Länder zu stärken, zeigt der Beitrag von Xolani Zitha.

Welch wichtigen Beitrag Bildung zur Bildung einer Weltgesellschaft leisten kann erfahren Sie im Artikel von Heidi Grobbauer. Wie durch die Errichtung von community schools Kindern in Sambia die Hoffnung auf Ausbildung und somit ein selbstbestimmtes Leben gegeben wird, darüber schreibt Cleopatra Muma, die auch Teilnehmerin des Demokratiep-olitik Workshops in Lusaka war.

Mit inkohärenter Politik am Beispiel Agrarpolitik im Globalen Dorf beschäftigte sich die Arbeitsgemeinschaft Globale Verantwortung. Wir haben dazu Vertreter\_innen der Parlamentsparteien um ihre Meinung gebeten. Fairer Handel fördert menschenwürdige Arbeitsbedingungen und bringt den Produzent\_innen Hoffnung auf ein selbstbestimmtes Leben. Mehr dazu in „Wandel im Handel“.

Mit der Hoffnung, dass unsere Arbeit weiterhin so aktive Unterstützung durch das Parlament erfährt bedanken wir uns für die gute Zusammenarbeit im ersten Halbjahr und wünschen Ihnen allen einen erholsamen Sommer.

  
Jutta Kepplinger

Projektleitung Parlamentarischer NordSüdDialog

# FAIRTRADE: Wandel im Handel

In einer Informationsausstellung im Parlament wurden der faire Handel und die Nachhaltigen Entwicklungsziele vorgestellt und diskutiert

Ingrid Pranger, Parlamentarischer NordSüdDialog

Am 16. Mai 2018 fand die mittlerweile bereits traditionelle FAIRTRADE Informationsausstellung im Parlament erstmals in den Räumlichkeiten der Hofburg statt. Der Präsident des Nationalrates Wolfgang Sobotka eröffnete noch vor der Plenarsitzung in Anwesenheit der Zweiten Nationalratspräsidentin Doris Bures und zahlreicher Abgeordneter die Ausstellung mit einem fairen Frühstück.

Der Nationalratspräsident betonte die Bedeutung und lange Tradition des Nord-Süd Dialogs im österreichischen Parlament. Mit der Unterstützung von FAIRTRADE und dem Kauf von fairen Produkten setzte man ein Zeichen gegen Ausbeutung und für eine Partnerschaft auf Augenhöhe. Wandel und Reform basieren u.a. auf dem Erfassen von globalen Zusammenhängen, und FAIRTRADE leistet einen wichtigen Beitrag zu dieser notwendigen Bewusstseinsveränderung.

Mit zahlreichen Kampagnen und Bildungsangeboten hat FAIRTRADE dazu beigetragen, dass die Menschen heute wirtschaftliche Produktionsketten wesentlich besser verstehen und

die Auswirkungen ihrer Konsumentscheidungen in Europa auf Menschen in den Anbaugeländern in Afrika, Asien oder Lateinamerika begreifen. Dieses Wissen über ökonomische, ökologische und soziale Aspekte unserer weltweiten Wirtschaft ist der Grundstein für ein verantwortungsvolles Miteinander im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung.

Helmut Schüller, Vorstandsvorsitzender von FAIRTRADE® Österreich, stellte in seinen Worten klar, dass die Idee und das Konzept von FAIRTRADE leider nicht der Normalfall im internationalen Handel sei. Er appellierte an die Besucher\_innen, die Unterstützung des fairen Handels zum Normalfall zu machen, sowohl auf persönlicher Ebene als auch durch gesetzliche Rahmenbedingungen. Die Macht der Konsument\_innen allein reicht nicht aus, es braucht politische Entscheidungen. Dies unterstrich auch Andrea Schlehuber, die Geschäftsführerin der EZA Fairer Handel GmbH, in ihrer Rede.

**25 Jahre FAIRTRADE® Österreich**  
Im Jahr 1993 wurde FAIRTRADE® Österreich gegründet und der erste fair



Der Präsident des Nationalrates, Wolfgang Sobotka, eröffnete die diesjährige FAIRTRADE Informationsausstellung zum Thema 25 Jahre FAIRTRADE® Österreich und die Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals).

© Parlements-  
direktion/Zinner

gehandelte Kaffee kam in die heimischen Supermärkte – bis heute wurden mehr als 23.000 Tonnen fairer Kaffee von den Österreicher\_innen konsumiert. Vor 25 Jahren war FAIRTRADE ein Zeichen der Solidarität weniger Menschen. Heute ist es das Symbol einer großen Bewegung und steht für den fairen Genuss mit gutem Gewissen. Zahlreiche österreichische Unternehmen, Gemeinden und Schulen setzen sich mittlerweile für den fairen Handel ein. 92 % der Österreicher\_innen kennen FAIRTRADE und faire Produkte und vertrauen dem Gütesiegel.

Das Ziel von FAIRTRADE ist, dass Kleinbauernfamilien und Beschäftigte auf Plantagen im globalen Süden ein sicheres und gutes Leben führen und über ihre Zukunft selbst bestimmen können, und zwar durch faire Preise für ihre Anbauprodukte und menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Das Konzept des fairen Handels funktioniert, wenn es genügend Absätze gibt. Bei dem Besuch einer FAIRTRADE Kooperative in Mexiko im Jänner dieses Jahres stellte Andrea Schlehüber fest, dass bereits die junge Generation in den Kooperativen arbeitet und zwar ausgestattet mit einer fundierten landwirtschaftlichen Ausbildung. Die Eltern haben ihre Einkommen aus der Kooperative in die Bildung ihrer Kinder investiert und dies machte sich bezahlt.

**Sustainable Development Goals**  
FAIRTRADE leistet auch einen wesentlichen Beitrag zur Erfüllung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs). Die SDGs sind das Kernstück der UN Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.



FAIRTRADE® Österreich  
Geschäftsführer, Hartwig Kirner, überreicht dem Präsidenten des Nationalrates einen Präsentkorb voller fairer Produkte.  
© Parlamentsdirektion/Zinner



Andrea Schlehüber, Geschäftsführerin der EZA Fairer Handel GmbH, im Gespräch mit Abg.z.NR Maria Großbauer.  
© Ingrid Pranger

Unter Beteiligung von Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft wurde die Agenda zur „Transformation unserer Welt“ in einem dreijährigen Prozess erarbeitet, trat im Jänner 2016 in Kraft und ist bis zum Jahr 2030 gültig. Auch Österreich hat sich zur Umsetzung der SDGs verpflichtet. Ein entsprechender Ministerratsbeschluss wurde im Jänner 2016 gefasst.

Die 17 Ziele befassen sich mit sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen gleichermaßen, um auch zukünftigen Generationen ein lebenswertes Dasein auf unserem Planeten zu ermöglichen. Alle Ziele sind dabei auf die eine oder andere Art verknüpft und können nur durch gemeinsame Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gelöst werden.



Zahlreiche Abgeordnete interessierten sich für die Produkte aus fairem Handel und Informationen über FAIRTRADE und den Parlamentarischen NordSüdDialog.  
© Parlamentsdirektion/Zinner

# Agrar- und Entwicklungspolitik im Widerspruch?

Wolfgang Marks und Sophie Veßel, Arbeitsgemeinschaft Globale Verantwortung

Der Milchsektor in Burkina Faso birgt großes Potenzial für die Entwicklung des Landes. 2012 gaben 4,6 Millionen Kühe bereits 200 Millionen Liter Milch jährlich<sup>1</sup>, auch steigt die Nachfrage nach Milchprodukten stetig. Gleichzeitig setzt den lokalen Bäuer\_innen neben nationalen Herausforderungen wie geringer Produktivität, hoher Produktionskosten und einer mangelhaften Infrastruktur vor allem der Import von großen Mengen Milchpulver zu. Die daraus produzierte Trinkmilch ist mit 34 Cent pro Liter deutlich günstiger als lokale Milch, die Bäuer\_innen in Burkina Faso produzieren, die mindestens 76 Cent kostet.<sup>2</sup>

Wie wirkt sich eine solche Wettbewerbsverzerrung auf den Aufbau des Milchsektors in Burkina Faso aus? Diese Frage hat aus entwicklungspolitischer Sicht Bedeutung, da der Milchsektor für die burkinischen Kleinbäuer\_innen eine bedeutende Einnahmequelle darstellen könnte. Kleinbäuer\_innen sind weltweit überproportional von Hunger und Armut betroffen. Auch die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) der UN, die Österreich 2015 mitbeschlossen hat und die bis 2030 umgesetzt werden sollen, setzen darauf, die landwirtschaftliche

Produktivität von kleinen Nahrungsmittelproduzent\_innen zu verdoppeln.

Etwa drei Viertel des von Westafrika importierten Milchpulvers, dessen Menge sich zwischen 2000 und 2013 verdoppelt hat, stammen aus der EU (Eurostat, Faostat). Die UN erwartet eine weitere Zunahme der Exporte der EU. Der Export günstigen Milchpulvers aus der EU ist unter anderem durch zwei Faktoren bedingt: 1) Die Liberalisierung des Milchmarkts – dazu zählt die endgültige Abschaffung der Milchquote 2015, die eine zulässige Produktionsmenge festgesetzt hatte, und 2) die Förderpolitik im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU, die Österreich mitträgt. Direkte Exportförderungen wurden zwar mittlerweile abgeschafft, hohe, aus unserer Sicht sozial unausgewogene Subventionen gibt es jedoch weiterhin. Diese Subventionen können die Überschussproduktion und den Export von Milchpulver nach Asien und Afrika zu Dumping-Preisen begünstigen. Österreich trägt zur Produktion von Überschüssen in der EU bei. Lag der Selbstversorgungsgrad in Österreich bei Konsummilch 1996 noch bei 100 %, ist er nunmehr auf über 160 % angewachsen.<sup>3</sup>

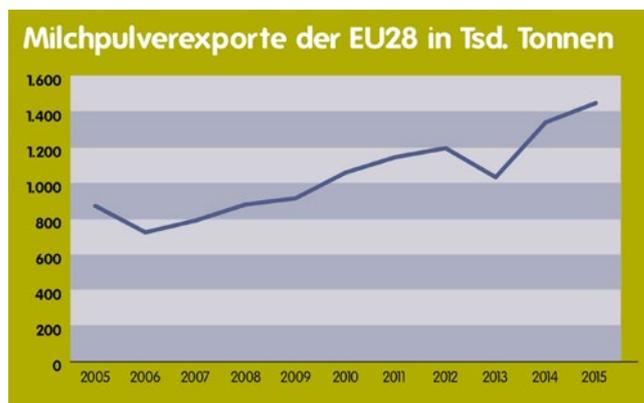
In Österreich beziehen 19 % der größten landwirtschaftlichen Betriebe fast 58 % der gesamten Fördersumme aus dem Topf der Direktzahlungen, die im Rahmen der GAP ausbezahlt werden.<sup>4</sup> Diese Förderpolitik sowie die Volatilität der Preise, die durch die Liberalisierung des Milchmarkts forciert wurde, tragen zu einem Trend bei, der als „Wachse oder weiche“ bezeichnet werden kann. Gab es 2001 noch rund 56.900 Betriebe mit Milchlieferung, waren es laut Landwirtschaftsministerium 2015 nur mehr rund 30.850. Auch wenn die Landwirtschaft in Österreich im europäischen Vergleich kleinstrukturiert ist, haben Betriebe mit über 51 Milchkühen von 1999 bis 2013 eine Steigerung um knapp 400 % erfahren, während kleinere Betriebe deutlich abnahmen.<sup>5</sup> Laut dem Weltagrarbericht sind jedoch gerade „kleinbäuerliche, arbeitsintensivere und auf Vielfalt ausgerichtete Strukturen die Garanten einer sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen Lebensmittelversorgung durch widerstandsfähige Anbau- und Verteilungssysteme“.<sup>6</sup>

Der Import von großen Mengen Milchpulver führt laut René Millogo von PASMEP, einer Initiative zur Unterstützung von Milchviehhirt\_innen

Abb.1: Mit dem Auslaufen der Milchquote ging die Schere zwischen Erzeugung und Verbrauch noch weiter auseinander.

Abb.2: Der Export von Milchpulver ist seitens der EU im Zeitraum von 2005 bis 2015 von 870.000 Tonnen auf 1.447.000 Tonnen angewachsen.

Quelle: AG Globale Verantwortung „Die Unfaire Milch – Agrar und Entwicklungspolitik im Widerspruch?“, S. 5 und 8, Gestaltung Gerda Decker



1 Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V. (2012): Die Milch macht's: Kleinbäuerliche Milchproduktion in Burkina Faso und die Auswirkungen instabiler Weltmarktpreise, Aachen, S. 4 - 5.  
2 Misereor Blog: Deutsche und afrikanische Milchbauern: „Du bist kein Milchbauer, du bist Milchpulververkäufer“ (22.06.2016).  
3 BMLFUW: Grüner Bericht 2016: Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft, Wien.  
4 Berechnung der AG Globale Verantwortung, Daten aus: BMLFUW: Grüner Bericht 2016: Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft, Wien.  
5 Ibid.  
6 Weltagrarbericht: Bäuerliche und industrielle Landwirtschaft, [www.weltagrarbericht.de/themen-des-weltagrarberichts/baerliche-undindustrielle-landwirtschaft/baerliche-und-industrielle-landwirtschaft-volltext.html](http://www.weltagrarbericht.de/themen-des-weltagrarberichts/baerliche-undindustrielle-landwirtschaft/baerliche-und-industrielle-landwirtschaft-volltext.html)

in Burkina Faso, zur Verarmung der Milchbäuer\_innen, die auf die Milchproduktion angewiesen sind.

### Verhältnis österreichische Agrar- und Entwicklungspolitik

Die Förderung der ländlichen Entwicklung und der Aufbau lokaler Märkte in Ländern des Globalen Südens sind wichtige Bereiche der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA). Im Rahmen eines Regionalentwicklungsprogramms der Austrian Development Agency (ADA) wird beispielsweise im Westen Burkina Fasos eine kleine Molkerei unterstützt.

Während sich die OEZA also zum Ziel gesetzt hat, Armut zu mindern, nachhaltige Entwicklung zu fördern und insbesondere lokale Märkte aufzubauen, wird dies gleichzeitig durch die Agrarpolitik der EU und Österreichs konterkariert. Die Agrarpolitik steht im Widerspruch zu SDG 2, das den Hunger beenden, Ernährungssicherheit erreichen und die Einkommen von kleinen Nahrungsmittelproduzent\_innen verdoppeln will.

Die Frage ist, wie solche Widersprüche beispielsweise zwischen Agrar- und Entwicklungspolitik künftig verringert bzw. vermieden werden können. Die AG Globale Verantwortung schlägt der österreichischen Bundesregierung und im Speziellen dem Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) folgende Maßnahmen vor:

- sich bei der Modernisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) dafür einzusetzen, dass Milchbetriebe mit einem hohen Maß an Arbeitseinsatz entsprechend gestärkt werden. Daher sollten Maßnahmen gesetzt werden, die die **Produktion stärker an die verfügbaren Flächen binden (bodengebundene Produktion)**;
- dafür Sorge tragen, **dass Investitionszuschüsse in Österreich zukünftig nur mehr für Modernisierungen oder Umbauten** ausbezahlt werden und nicht für neue Produktionskapazitäten. In einem ohnehin schon gesättigten Markt macht eine weitere Ausweitung der Produktion keinen Sinn;
- sich bei der Modernisierung der GAP dafür einzusetzen, dass die **Betriebsprämien degressiv gestaltet sind und eine Obergrenze definiert ist**;
- sich dafür einsetzen, dass mittels **konkreter Maßnahmen Marktcrisen im Milchsektor frühzeitig entgegengewirkt werden kann**;
- sich dafür einsetzen, dass es **Entwicklungsländern wie Burkina Faso erlaubt wird, Maßnahmen zum Schutz des eigenen Marktes im Bereich der Milchproduktion** zu ergreifen.

Um Inkohärenzen zu vermeiden, die teuer und ineffizient sind, sollte die Österreichische Bundesregierung unterschiedliche Politikbereiche wie beispielsweise die Agrar-, Handels-, Umwelt-, und Steuerpolitik aufeinander abstimmen, sodass diese Politikbereiche zum Erreichen der universell gültigen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 beitragen. Dafür empfiehlt die AG Globale Verantwortung unter anderem eine **zentrale Instanz für die Umsetzung von Politikkohärenz im Interesse Nachhaltiger Entwicklung (PCSD) auf höchster politischer Ebene**, die im Falle von politischen Interessenskonflikten nach klaren Kriterien Entscheidungen treffen kann.

### DIE AUTOR\_INNEN

Wolfgang Marks, Autor der Broschüre, ist für die PR & Öffentlichkeitsarbeit der AG Globale Verantwortung zuständig. Sophie Veßel ist entwicklungspolitische Referentin mit Schwerpunkt PCSD.

### Hinweis:

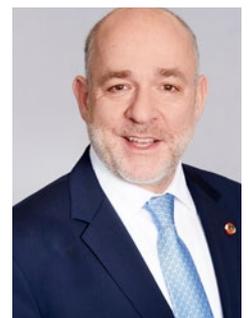
Auf [www.globaleverantwortung.at](http://www.globaleverantwortung.at) gibt es unter Themen > Politikkohärenz die Broschüre zum Thema „Die Unfaire Milch – Agrar- und Entwicklungspolitik im Widerspruch?“ mit weiteren politischen Empfehlungen und Quellenangaben, ein 8-minütiges Videostatement von René Millogo von PASMEP sowie eine Nachlese einer Podiumsdiskussion zum Thema am 13.11.2017.

## Stellungnahmen der Bereichsprecher\_innen der im österreichischen Parlament vertretenen Parteien zu den Widersprüchen österreichischer bzw. europäischer Agrar- und Entwicklungspolitik

### Zielgenaue Abstimmung von Förderinstrumenten

Wenn mehr als die Hälfte der burkinischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt, müssen entwicklungspolitische Maßnahmen weiter verstärkt und noch effektiver gestaltet werden. In diesem Land ist zu sehen, dass unter anderem der ländliche Sektor großes Potential birgt und er zur Stabilität der Wirtschaft und somit des Landes massiv beitragen kann. Unterstützung und Expertise bei der Professionalisierung der Betriebe, der effektiven Betriebsführung und dem nachhaltigen Einsatz von Ressourcen

werden daher für uns in der EZA auch künftig oberste Priorität haben. Der Weltagrarhandel und somit die zunehmende globale Verflechtung von Warenströmen ist ein Zeichen steigender internationaler Arbeitsteiligkeit und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in kleinen Volkswirtschaften. Für Österreich mit seinem kleinen Inlandsmarkt ist Außenhandel grundsätzlich wichtig. Der heimische Agrar- und Lebensmittelaußenhandel hat sich seit dem EU-Beitritt gesteigert, vor allem die Ausfuhr von Milchprodukten. Das belegt den Stellenwert des Agraraußenhandels, der nur mit Qualitätsorientierung, Herkunfts Betonung, Bioeigenschaften,



© Sabine Klimpt



© Sabine Klimpt

Wettbewerbsfähigkeit und Professionalität erzielt werden konnte. In der öffentlichen Wahrnehmung wiederum erscheint eine starke Import-Export-Ausrichtung oftmals pauschal als widersprüchlich zu Eigenversorgung und Regionalität. Die oft ausgezeichneten Nischenprodukte in Österreich sind kein Widerspruch zum Weltagrарhandel, beide Bereiche bedingen einander. Es ist aber wesentlich, kritische Argumente ernst zu nehmen und strategische Überlegungen anzustellen, welche gesamthafte Linie die langfristig effizienteste und sinnvollste ist. Politikkohärenz ist gerade hier zentral, da Entwicklungsländern kein Nachteil entstehen darf. Die zielgenaue Abstimmung einzelner

Förderinstrumente ist von großer Bedeutung, weil Gelder dort ankommen müssen, wo sie auch wirken können. Es ist unsere Aufgabe, uns dafür einzusetzen, dass potentielle Schief lagen in der Förderstruktur aufgezeigt und eine ausgewogene Abstimmung einzelner Politikinstrumente erreicht wird. Das gilt nicht nur für die Bereiche Entwicklung und Agrar, sondern ganz allgemein für alle Sektoren.

Abg.z.NR Mag. Martin Engelberg, Bereichssprecher für Internationale Entwicklung und Abg.z.NR Georg Strasser, Bereichssprecher für Landwirtschaft und ländlicher Raum, ÖVP



© Parlamentsdirektion/  
SIMONIS

### Veränderungen von Vorgehensweisen im Sinne der Agenda 2030

Wie kann die gesamte Weltbevölkerung unter gerechten Bedingungen leben, wenn der europäische Wohlstand auf globalen wie auch internen asymmetrischen Handelsbeziehungen beruht? Der mitteleuropäische Agrarsektor wurde nach dem Zweiten Weltkrieg stark subventioniert, um sich schnellstmöglich zu erholen. Bereits in den 1970ern hatte dies eine Überproduktion zur Folge, weshalb in den 1980ern eine Milchquote eingeführt wurde. Damit durfte die Produktion nur 10 % über dem Eigenbedarf der einzelnen EU-Länder liegen. Mit der Abschaffung der Quote im Jahr 2015 sahen sich zahlreiche europäische Milchbauern und -bäuerinnen abermals zur Überproduktion gezwungen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Aktuell wird in Österreich der Selbstversorgungsgrad zu 160 % erfüllt. Der Ausweg lautet Export: so findet billiges Milchpulver in westafrikanischen Ländern Absatz. Allein in Burkina Faso hat sich zwischen 2010 und 2015 die importierte Menge von knapp 2.400 auf 4.500 Tonnen erhöht, drei Viertel stammen aus der EU. Weil ein aus Milchpulver und Palmöl gewonnener Liter Milch nur rund ein Drittel eines Liters kostet, der von burkinischen Landwirt\_innen stammt, sind die regionalen Milchproduzent\_innen

nun nicht mehr konkurrenzfähig. Das Aus der Quote hat nicht nur die Schließung kleinerer Milchbetriebe in Europa, sondern auch die Verarmung der Bauern und Bäuerinnen in Burkina Faso und anderen westafrikanischen Ländern zur Folge. Hier wird der Interessenskonflikt deutlich, in dem sich Akteure wie die EU befinden: Einerseits muss man entwicklungspolitische Maßnahmen setzen, um unter anderem die Agenda 2030 annähernd erreichen zu können, andererseits ist die EU eine Wirtschaftsgemeinschaft, die sich am Wachstum orientiert. Bisherige Vorgehensweisen eignen sich scheinbar wenig zur Umsetzung der Agenda 2030. Drei Viertel der von Hunger Betroffenen leben in ländlichen Gebieten, die Hälfte davon sind Kleinbauern und -bäuerinnen. Jene, die die Ernährung der Gesellschaft sichern sollten, haben selbst nicht genug zu essen. Milchpulver und andere Lebensmittelimporte sind im großen Stil dafür mitverantwortlich. Solidarische Initiativen, wie das burkinische „Fairfaso“, das belgische „Fairbel“ und „A faire Milch“ in Österreich, sind eine wichtige emanzipatorische Handlung der Benachteiligten, um diesen tristen Zukunftsaussichten entgegenzutreten.

Abg.z.NR Erwin Preiner, Bereichssprecher für Landwirtschaft und ländlicher Raum, SPÖ



© Parlamentsdirektion/  
SIMONIS

### Stärkung von Kleinbetrieben und Schaffung sinnvoller Synergien

Die niedrigen Milchpreise in Europa schaden nicht nur den europäischen Bauern, sondern beeinflussen auch die Weltmarktpreise. Der Wegfall der Milchquote hat steigende Produktionsmengen zur Folge und dies erzeugt einen immensen Druck auf Österreichs Betriebe, die dadurch vermehrt auf Exporte setzen müssen. Derzeit sind die Milchpreise so niedrig, dass viele Landwirte in Europa gezwungen sind, ihre Höfe aufzugeben. Auch die Bauern in Afrika können nicht mit so niedrigen Milchpreisen mithalten. Insgesamt ist die Situation am Weltmarkt für alle Milchbauern

extrem schwierig. Wir suchen aber nach Lösungen, um die Bauern aus dieser existenzbedrohenden Lage zu führen. Ein höherer Milchpreis wäre enorm wichtig, damit alle am Milchmarkt Beteiligten gut wirtschaften könnten – und dies sowohl in Europa, als auch in den Entwicklungsländern. Die Obergrenze für Direktzahlungen – genannt „Capping“ – sollte ebenfalls gesenkt werden. Unser Ziel ist es, vor allem die kleinen Betriebe zu stützen und nicht die Agrarindustrie! Das Grundprinzip der österreichischen Entwicklungshilfe lautet: „Hilfe zur Selbsthilfe“. Die Gelder sollten so verwendet werden, dass sie vor Ort auch nachhaltig helfend eingesetzt werden können.

Langfristig muss aber im Bereich der Entwicklungspolitik ein Weg gefunden werden, damit alle Beteiligten die gleichen Ziele verfolgen und somit sinnvolle Synergien entstehen können – nur gemeinsam können wir so die Situation aller Bauern verbessern. Die Geldmittel, die für die Entwicklungshilfe ausgegeben werden, sollen den Lebensstandard in Afrika erhöhen und langfristige Perspektiven eröffnen. Nur eine gut funktionierende Wirtschaft in afrikanischen Staaten kann mittelfristig auch die Wirtschaftsmig-

ration verhindern. Unser erklärtes Ziel ist es, unsere heimischen Bauern zu stärken, damit diese genügend Absatzmärkte finden und dadurch das Bestehen ihrer Betriebe sicherstellen können. Auf der anderen Seite wollen wir, dass die Entwicklungshilfe, die Österreich leistet, auch Früchte trägt und vor Ort nachhaltige Lösungen bringt.

Abg.z.NR Maximilian Linder, Bereichssprecher für Land- und Forstwirtschaft, FPÖ

### Ärmere Staaten zahlen den Preis für unsere Landwirtschaftspolitik

Europa verspricht in der Entwicklungszusammenarbeit das Blaue vom Himmel, wenn es um Strategien, Pläne und ein „Neudenken“ der Afrikapolitik geht. Allein: Wir sind mit uns selbst unaufrichtig. Die europäische Wirtschafts- und vor allem Landwirtschaftspolitik hat nicht nur in der Europäischen Union eine Auswirkung, sondern auch auf unsere Exportmärkte. Das Beispiel Milch ist diesbezüglich vielleicht das Bekannteste. Seit die EU 2015 ihre Milchquote gehoben hat, stieg der Druck auf lokale Milchbauern auf dem afrikanischen Kontinent enorm an. Der Milchmarkt wächst weiterhin, multinationale europäische Konzerne exportieren und die Exportmenge hat sich in den letzten fünf Jahren sogar verdreifacht. Mit den Preisen, für die sie ihre Ware in Afrika anbieten, können lokale

Bauern nicht mithalten. Das wird durch die Landwirtschaftspolitik der Europäischen Union erst möglich gemacht. Wir lassen ärmere Staaten den Preis für unsere eigene viel zu wenig zielgerichtete und nicht auf globale Verantwortung abgestimmte Landwirtschaftspolitik bezahlen und behaupten gleichzeitig, wir wollten „Hilfe zur Selbsthilfe“ geben, um afrikanische Staaten wettbewerbsfähiger zu machen. Gerade in der aktuellen Diskussion um das EU-Budget ist eine Chance entstanden, die Beträge, die wir in die Förderung der Landwirtschaft in Europa investieren, zu deckeln und zielgerichteter auszugeben. Das ist gut für die Union und nur fair gegenüber afrikanischen Milchbauern.

Abg.z.NR Stephanie Krisper, Bereichssprecherin für Entwicklungszusammenarbeit, NEOS



© NEOS

### Faire Handelsverträge als nachhaltigste Lösung

Wer selbst schon einmal in ein afrikanisches Land wie Ghana oder Äthiopien gereist ist, kennt das Bild: zum Frühstück gibt es Nestlé-Kaffeepulver mit Nestlé-Milchpulver. Obwohl viele dieser Länder zu den größten Kaffee-Exporteuren gehören und Landwirtschaft die Lebensgrundlage der meisten Menschen ist, werden billige europäische Produkte importiert. Lokale Anbieter können diesem Preis-Druck nicht standhalten. Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit, für welche in Österreich nur 0,30 % des BIP ausgegeben werden, können zwar das Leben einzelner Menschen verändern, aber um einen wirklichen Unterschied für die Einwohner eines Landes machen zu können, braucht es vor allem eines: faire Handelsbeziehungen. Europa begeht einen großen Fehler. Einerseits investieren wir Geld in Entwicklungsprojekte, beuten aber auf der anderen Seite durch unfaire Handelsverträge und aufgezwungenen Freihandel unsere afrikanischen Partner aus – das passt nicht zusammen. Man sieht nicht nur am Beispiel der Milchwirtschaft, dass wir eine inkohärente Entwicklungspolitik betreiben. Dieses unheilvolle Bild zeichnet sich auch in erschreckender Weise im Bereich der Fischerei und

dem Handel mit Hühnerfleisch. Sebastian Kurz hat in der letzten Legislaturperiode als Außenminister angekündigt, den Menschen vor Ort helfen zu wollen, um die Lebensqualität vor Ort zu verbessern und die Fluchtgründe zu mindern. Als Bundeskanzler hat er diese Forderung wieder vergessen. Die geplanten und dringend notwendigen Erhöhungen des Auslandskatastrophenfonds und der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit sind im Budget 2018 und 2019 nur teilweise zu finden. Das ist sehr schade, aber letztendlich wäre die nachhaltigste aller Lösungen: faire Handelsverträge, welche den Aufbau einer lokalen Wirtschaft in den Ländern unterstützen. Die Milch-erzeugung vor Ort muss wieder lukrativ werden um regionale Wirtschaftskreisläufe aufzubauen. Natürlich kann Österreich als kleines Land hier nicht völlig alleine aktiv werden, es braucht die enge Zusammenarbeit auf EU-Ebene. Österreich kann aber – gerade im Hinblick auf die von uns geführte Ratspräsidentschaft – ein wichtiger Impulsgeber sein und seine Vermittlerrolle wahrnehmen, um endlich für gerechte Handelsverträge und Politikkohärenz einzustehen.

Abg.z.NR Martha Bißmann, Bereichssprecherin für Entwicklungszusammenarbeit, Liste PILZ



© Parlamentsdirektion/  
SIMONIS

## PARLAMENTSPARTNERSCHAFT SAMBIA – ÖSTERREICH

### Das Parlament als Lernort für Demokratie

Jutta Kepplinger, Parlamentarischer NordSüdDialog

Eine wichtige Säule der Partnerschaft mit der National Assembly of Zambia ist der Bereich Jugend – politische Bildung – Vermittlung von Demokratie. Das sambische Parlament hat die Bedeutung von Demokratievermittlung an Kinder und Jugendliche in einem Land, in dem laut offiziellen Statistiken fast 50 % der Bevölkerung unter 15 Jahren ist, erkannt. Entsprechend groß ist das Bemühen des Parlaments in diesem Bereich – unterschiedlichste Maßnahmen wurden in den letzten Jahren gesetzt und viel Energie in die Öffnung des Parlaments für seine Bürger\_innen gesteckt.

Die entsprechende Infrastruktur wurde durch den Bau eines Medien- und Besucher\_innenzentrums geschaffen. Auch werden bereits in unregelmäßigen Abständen individuelle Parlamentsführungen (auch) für Schulklassen angeboten. Was fehlt, ist ein klar durchdachtes Konzept zur Vermittlung von Demokratie und eine drauf aufbauende strategische Implementierung von Aktivitäten mit jungen Menschen. Mit der Erarbeitung eines demokratierepolitischen Bildungsprogramms für Schüler\_innen (Zambian Learners) in Zusammenarbeit mit der Abteilung für

Politische Bildung des österreichischen Parlaments wird diese Lücke geschlossen werden. Die darin definierten Aktivitäten sollen nicht nur dazu beitragen, demokratische Grundlagen und parlamentarische Prozesse zu vermitteln, sondern vor allem auch das Interesse an politischer Partizipation wecken. Die Kinder und Jugendlichen sollen zu proaktiven Stakeholdern der Förderung politischer Bildung werden und sich als Akteur\_innen im demokratischen System sehen.

Von Seiten des österreichischen Parlaments wurde Sari Krammer von der Abteilung Politische Bildung als zuständige Ansprechpartnerin für diesen Projektbereich nominiert. Im Rahmen eines Delegationsbesuchs mit Projektleiterin Jutta Kepplinger fand im Februar der erste 3-tägige Workshop zur Erstellung der Bildungsstrategie in Lusaka statt, der auf großes Interesse sowohl der Mitarbeiter\_innen der National Assembly als auch der Abgeordneten stieß. Der Workshop wurde feierlich durch die Erste Vizeparlamentspräsidentin, Hon. Catherine Namugala und Parlamentsdirektorin Cecial Mbewe im Beisein einiger Donoren eröffnet. Bereits im Vorfeld wurde aber darauf geachtet, dass

nicht nur Mitarbeiter\_innen des Parlaments und Abgeordnete am Workshop teilnehmen, sondern Vertreter\_innen der wichtigsten Stakeholdergruppen eingebunden sind. Gemeinsam mit Lehrer\_innen, Schülervertreter\_innen, Mitarbeiter\_innen des Bildungsministeriums und Vertreter\_innen von Bildungs-NGOs wurden in einem kreativen Prozess die Vision und die Zielsetzungen des Programms erarbeitet sowie eine Stärken-Schwächen-/Chancen-Risikoanalyse und eine Ressourcenanalyse durchgeführt.

Ein wichtiger Input in Sachen Best Practise war der darauffolgende Arbeitsbesuch von Mitarbeiter\_innen des NAZ in der ersten Juniwoche im Österreichischen Parlament. Die unterschiedlichen Formate zur Demokratievermittlung an Jugendliche wurden vorgestellt und auf ihre Umsetzungsmöglichkeit in Sambia durchleuchtet. Das Arbeitsprogramm umfasste unter anderem einen Besuch in der Demokratiewerkstatt, eine gemeinsame Tour durch das Parlament mit einer Schulklassen sowie die Teilnahme an einem „Demokratie in Bewegung“ Workshop in der Berufsschule Mollardgasse. Zudem wurde intensiv an der Erstellung des „Educational Programms“

Der Workshop in Lusaka wurde durch die Erste Vizeparlamentspräsidentin, Hon. Catherine Namugala, eröffnet. Rechts die Parlamentsdirektorin Cecial Mbewe, links Projektkoordinatorin Jutta Kepplinger und Sari Krammer, Abteilung Politische Bildung im österreichischen Parlament.

Maria Schmidbauer, Bürger\_innenservice, erläutert das Konzept von Parlamentsführungen für Schulklassen im österreichischen Parlament.



weitergearbeitet und -geschrieben. Bis September soll ein erstes Rohkonzept stehen, das im Rahmen eines zweiten Workshops Anfang Oktober in Lusaka präsentiert, diskutiert und weiterentwickelt wird. Auch mit der graphischen Umsetzung des Dokuments wird im Oktober begonnen. Lokale Künstler\_innen werden angefragt, da auch daran gedacht ist, Icons bzw. Symbole für die

einzelnen Ziele zu kreieren, die dann auch im Rahmen der Implementierung weiterverwendet werden sollen. Damit sollen das Interesse und die Aufmerksamkeit beim Lesen des Programms geweckt aber auch die Wiedererkennung erhöht werden. Bis Ende des Jahres soll das Dokument den zuständigen Gremien der National Assembly zur Beschlussfassung vorgelegt werden.



Beim Treffen der Delegation aus Sambia mit der Joint Parliamentary Peer Group (Abg.z.NR Nico Marchetti und Abg.z.NR Eva-Maria Holzleitner) wurden unter anderem auch die Sustainable Development Goals diskutiert.



Nachbesprechung des Workshops „Demokratie in Bewegung“ mit Barbara Blümel, Bürger\_innenservice, sowie dem Leiter des österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums, Harald Lindenhofer, in der Berufsschule für Sanitär-, Heizungs-, und Klimatechnik in der Mollardgasse in Wien.

Alle Fotos: © Jutta Kepplinger



„Demokratie in Bewegung“ wird auch in Sambia ein wichtiges Tool zur Vermittlung von Demokratie sein. Schulen und Wahlkreisbüros (offizielle Außenstellen des Parlaments) müssen daher in die Überlegungen des Bildungsprogramms mit einbezogen werden.

# (Die) Bildung einer Weltgesellschaft

Heidi Grobbauer, KommEnt

Bildung spielt in der „Agenda 2030 for Sustainable Development“ der UNO eine bedeutende Rolle. Die von der UNESCO koordinierte Bildungsagenda 2030 ist integraler Bestandteil der SDGs. Sie bekräftigt das Menschenrecht auf Bildung und fordert den gleichberechtigten Zugang aller Kinder zu einer hochwertigen, chancengerechten und inklusiven Bildung.

## Die globale Perspektive

Die UNESCO betont außerdem, dass Bildung in einer globalisierten Welt mit ungelösten sozialen, ökonomischen

und ökologischen Aufgaben einen Beitrag zum Aufbau friedlicher und nachhaltiger Gesellschaften leisten muss und lebenslanges Lernen zur Bewältigung der komplexen Entwicklungsherausforderungen (Ziel 4) notwendig ist. Die Gegenwart ist von brisanten Krisen geprägt, deren Überwindung nur mehr in globaler Perspektive und als gemeinsame Verantwortung aller Staaten gedacht werden kann. Die Globale Agenda 2030 folgt der Vision einer Gesellschaft, in der die ökologischen, ökonomischen und sozialen Bedürfnisse ausbalanciert und

ein menschenwürdiges Leben für alle, auch für zukünftige Generationen, gewährleistet sein müssen. Damit rückt die Entwicklung hin zu einer Weltgesellschaft in den Fokus. Gleichzeitig scheint eine weltoffene Haltung und ein Bewusstsein für globale Fragen angesichts zunehmender Tendenzen zur Re-Nationalisierung und zu national geprägtem Denken immer mehr ein Anachronismus.

Was aber bedeutet diese Entwicklung für Bildung und Schule? Wie muss eine hochwertige und zeitgemäße Bildung

gestaltet sein, die (junge) Menschen befähigt, in dieser Weltgesellschaft Orientierung zu finden und die ihnen gesellschaftliche wie politische Teilhabe und Mitgestaltung ermöglicht? Wie kann Bildung zur Bewältigung des Spannungsfelds zwischen Sehnsucht nach nationaler Gemeinschaft und Identität und den Erfordernissen zu transnationaler Krisenbewältigung beitragen?

### Global Citizenship Education

Eine zeitgemäße Bildung muss auf die (globalen) Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ausgerichtet sein. Ebenso wie zukunftsfähige Konzepte gesellschaftlicher Entwicklung mehr denn je eine transdisziplinäre, über die Grenzen von Einzelwissenschaften hinausgehende, vernetzte Herangehensweise erfordern, braucht es auch zeitgemäße, fächer- und disziplinenübergreifende Bildungskonzepte. Die SDGs fordern, dass alle Lernenden Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, dass sie fundierte Entscheidungen treffen und lokal wie global eine aktive Rolle bei der Lösung globaler Herausforderungen spielen können. Global Citizenship Education vermittelt – orientiert an den Vorgaben der UNESCO – fundierte Kenntnis global relevanter Themen und aktueller Entwicklungen, ermöglicht eine sachorientierte Auseinandersetzung mit universellen Werten wie (globale) Gerechtigkeit, Gleichheit, Menschenwürde und Menschenrechten. Es fördert kognitive Fähigkeiten wie kritisches, systematisches Denken, Perspektivenwechsel, sozioemotionale Kompetenzen wie die Fähigkeit zu Empathie, zum Interagieren mit Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Perspektiven, und verhaltensbezogene Fähigkeiten, die gemeinsames und verantwortungsvolles Handeln ermöglichen und das Wohlergehen aller anerkennen und berücksichtigen.<sup>1</sup>

### Der österreichische Kontext

Im österreichischen Bildungssystem finden solche Konzepte als sogenannte Querschnittsmaterien Eingang in Unterrichtsprinzipien, überfachliche Kompetenzen, Lehrpläne und Ausbildungs-Curricula für die Pädagog\_innenbildung. Außerdem gibt es vielfältige, etablierte

Bildungsangebote (Workshops, Materialien, Beratungsleistungen u.ä.) von zivilgesellschaftlichen Akteuren und bedeutende organisationsübergreifende Netzwerke und Initiativen (UNESCO-Schulnetzwerk, ÖKOLOG, Klimabündnis-Schulen, Netzwerk Mehrsprachigkeit voXmi, Strategieguppe Globales Lernen). Mit dem Universitätslehrgang Global Citizenship Education kann Österreich auf ein international beachtetes Pilotprojekt in der Fortbildung von Pädagog\_innen verweisen, der Lehrgang wurde vor kurzem mit dem Sustainability Award ausgezeichnet.

Trotz der guten Ausgangsbasis zeigen sich in der Umsetzung von Global Citizenship Education oder Bildung für Nachhaltige Entwicklung erhebliche Schwierigkeiten: In der Lehrer\_innenbildung greift die Implementierung fächerübergreifender Bildungsanliegen nicht ohne Pflichtlehrveranstaltungen für die Studierenden; Unterrichtsprinzipien und überfachliche Kompetenzen werden nur dann wirksam, wenn sie auch in die Unterrichtspraxis integriert sind und die Bildungsanliegen der SDGs Kernthema in Schul- und Unterrichtsentwicklung werden. Dann wäre es auch möglich, dass Österreich Daten für den globalen Indikator zu 4.7 generiert, der das Maß der Integration pädagogischer Konzepte wie Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Global Citizenship Education in nationale Curricula, Lehrer\_innenausbildung und Unterrichtsmaterialien erfasst. Derzeit liegen dafür nämlich keine Daten vor, auch das nationale Indikatorenset der Statistik Austria befasst sich nicht mit SDG 4.7.

Erfahrungen in anderen europäischen Ländern zeigen, dass die Implementierung einer auf Zukunftsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Weltbürgerschaft ausgerichteten Bildung einen wesentlichen An Schub von bildungspolitischer Seite benötigt. Die Schweiz hat Bildung für nachhaltige Entwicklung über die zentrale Aus- und Weiterbildung von Lehrer\_innen implementiert, in Finnland ist Global Citizenship Education ein relevanter Bereich des Kern-Curriculums der „Basic Education“, Deutschland hat den Orientierungsrahmen Globale Ent-

wicklung eingeführt, der eine kompetenzorientierte Ausrichtung von Unterrichtsentwicklung und von Bildungsangeboten außerschulischer Akteur\_innen steuert.

Die Umsetzung der Bildungsziele der Agenda 2030 könnte in Österreich gut auf bestehenden Maßnahmen, Bildungsinitiativen und Netzwerken aufbauen und in einem Zusammenspiel von Top-down und Bottom-up Strategien eine hohe Wirkkraft für die SDGs im formalen Bildungswesen erzielen.

### DIE AUTORIN

Dr. Heidi Grobbauer, Geschäftsführerin von KommEnt (Gesellschaft für Kommunikation, Entwicklung und dialogische Bildung) ist u.a. Vorsitzende der Strategieguppe Globales Lernen, sowie in der Projektleitung des Universitätslehrgangs Global Citizenship Education. Sie hat mehrere Fortbildungsprogramme für Pädagog\_innen und Bildungsmaterialien zu Globalem Lernen/ Global Citizenship Education konzipiert.



Education 2030 Framework for Action. Aktionsrahmen für die Umsetzung von Sustainable Development Goal 4. Übersetzung durch die Deutsche UNESCO Kommission.

[www.unesco.at/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Publikations-Dokumente/2016\\_Bildungsagenda\\_2030\\_Aktionsrahmen\\_Kurzfassung](http://www.unesco.at/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Publikations-Dokumente/2016_Bildungsagenda_2030_Aktionsrahmen_Kurzfassung)

<sup>1</sup> UNESCO 2013: Outcome document of the Technical Consultation on Global Citizenship Education: Global Citizenship Education – An Emerging Perspective. <http://unesdoc.unesco.org/images/0022/002241/224115E.pdf>

# Instilling hope through quality education in Zambia

Petronella Sibeene and Cleopatra Muma, ZOCS Advocacy department

## Background of ZOCS

Founded in 1992, the Zambia Open Community Schools (ZOCS) has championed social justice for Out Of School Children (OOSC) mainly Orphans and Vulnerable Children (OVC) through the delivery of quality education services in Community Schools. The Zambian concept for Community School is unique from other African countries as the initiative is spearheaded by community members and the focus is on children who are unable to attend conventional schools.

ZOCS was created from a need to address the socioeconomic impact of the HIV/AIDS pandemic, the economic Structural Adjustment Programme (SAP) and poverty in the 1980s which combined to produce a generation of Zambian children without a support system including education.

For ZOCS, the idea of an 'open community school' represented an education opportunity without barriers regarding entry and participation. The 'open community school' embraced OVC of all ages to provide them with a quality learning experience of basic skills (reading, writing, numeracy and life skills). The initiative started by enrolling 48 girls and operated in an open field in Lusaka's Misisi Compound. Currently, ZOCS is supporting 150.720 learners (74.130 boys and 76.590 girls) in 785 demonstration open Community Schools found in 53 districts of the 10 provinces of Zambia.

A Community School is one established by the community, for the community and run by the community, founded on the principle "of care and support for the under-privileged", a virtue whose goal is to provide an equal opportunity for success to children who, because of circumstances beyond their control,



Community meetings conducted by ZOCS staff on the importance of education



Active community members on a school construction site

© Courtesy of ZOCS

would never have had a chance to go to school. These children are unable to access education for various reasons that include long distances to schools, limited school places, early marriages for girls, low literacy levels among community members, unfriendly learning environments and school infrastructure that marginalize children with Special Education Needs and Disabilities. Over the years, various funding agencies and donors have come on board to support Community Schools with funding for school construction, procurement of teaching and learning materials, volunteer teacher training, sports facilities

and school feeding programmes. Communities do contribute to Community Schools in form of volunteer teachers, labour for school projects, and provision of locally available materials for construction projects and payment of volunteer teachers (in-kind support).

Since 2011, Community Schools have been given formal recognition by Government through the Education Act of 2011, making them the fourth type of institutions providing education in Zambia alongside Government, Private and Grant Aided Schools. The recognition of Community Schools was a

result of ZOCS and other stakeholders' continuous engagement with Government. Since then, support in form of grants, teacher deployment, provision of teaching and learning materials and monitoring of Community Schools by the Ministry of General Education through the District Education Board Secretaries has increased. Learners in Community Schools follow the same curriculum as those in other schools and are also subjected to the same national examinations.

Currently, over 600.000 children are accessing education through Community Schools. This has resulted in the more than 2.468 Community Schools adopting the national curriculum and national examinations. Community Schools now make up close to 30 percent of primary school enrolment helping Zambia to achieve the goal of increasing access to primary education with a net enrolment of 96 percent in 2016.

### How ZOCS delivers quality education to vulnerable groups in Zambia

25 years on, ZOCS' mission remains resolute in supporting Out Of School Children (OOSC)/OVC. ZOCS' quest is: "To secure education opportunities for learners outside the government school system by empowering communities, building partnerships, influencing policy and legislation, supporting learners and creating conducive learning environments in community schools."

For much of its existence, ZOCS has used a three-pronged approach and structured its work around three pillars:

- **Advocacy & influencing:** Approaches aimed at influencing government policy and legislation to benefit vulnerable children's access to quality education. As a result of continuous engagement with Members of Parliament and Government through the Ministry of General Education,
- **Capacity building:** Increasing teacher and community capacity to provide quality education to OVC and through pedagogical skills training for volunteer teachers and training of Parent Community Schools Committee (PCSC) in school management, resource mobilisation and accountability to resources; and
- **Service delivery:** Supporting the development of schools, providing material resources and financial assistance to schools, teachers, learners and communities to create an enabling environment for enhanced educational opportunities for OVC.

in 2016, a Budget line for Community Schools was introduced in the National Budget. ZOCS also has a regular interface meeting with Parliamentarians on issues affecting Community Schools which need their action as law makers.

During a visit project coordinator Jutta Kepplinger discussed potential synergies and cooperations with ZOCS Executive Director Harriet Miyato.  
© Jutta Kepplinger



ZOCS Board and staff, learners, donors and parliamentarians pose for a picture after a meeting in Lusaka  
© Courtesy of ZOCS



While Community Schools have substantially mitigated the exclusion of OOSC/OVC from the education system, there are still those who have been left out. These overaged learners, specifically adolescents and youth who have missed or fallen out of formal education still need flexible and alternative opportunities to learn. As a response to this gap, ZOCS while working with Ministry of General Education with support from donors has a five year "Community Action for Out of School Children Project" to deal with this challenge and ensure that No One Is Left Behind in education.

In view of this existing challenge, ZOCS is inviting all stakeholders to a call for action, to rekindle the idea of unfettered access to education for OOSC.

### THE AUTHORS

Petronella Sibeene and Cleopatra Muma are working in the Advocacy department of ZOCS (Zambian Open Community Schools), a Zambian Non-Governmental and a non-profit making organization providing quality education to Orphans and Vulnerable Children (OVC).

## PARLAMENTSPARTNERSCHAFT SAMBIA – ÖSTERREICH

### Moderne Informationstechnologie für das sambische Parlament

Jutta Keplingler, Parlamentarischer NordSüdDialog

Ein zentraler Aspekt in der parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen Österreich und Sambia ist die Erarbeitung einer neuen Informations- und Kommunikationsstrategie (ICT-Strategie) für das sambische Parlament. Die Strategie und ihre Komponenten sollen einerseits einen effizienten Workflow innerhalb des Parlaments unterstützen und andererseits die Kommunikation mit der Bevölkerung und die Beteiligung der Öffentlichkeit am Gesetzgebungsprozess in Sambia fördern.

Die IT-Abteilung der National Assembly of Zambia hat in der Vergangenheit gezeigt, dass sie sehr engagiert und interessiert daran ist, die parlamentarische Arbeit zu modernisieren. Bereits im Jahr 2011 wurde eine ICT-Strategie definiert, die den Aufbau einer guten IT-Grundinfrastruktur zum Inhalt hatte. Auf Basis dieser Strategie wurde viel umgesetzt und erreicht, aber sie ist inzwischen veraltet und muss erneuert werden. ICT ist ein sich schnell verändernder Bereich, auch für Parlamente. In den letzten Jahren gab es zahlreiche Neuerungen gerade im Zusammenhang mit digitaler Kommunikation und Partizipation, also der Verbindung von Parlament und Bürger\_innen (siehe dazu Kasten auf Seite 14 mit internationalen Best-Practice Beispielen für elektronische Petition und Konsultation).

Die neue Strategie soll diesen Veränderungen und neuen Bedürfnissen Rechnung tragen unter Berücksichtigung der vorhandenen Ressourcen und Gegebenheiten im sambischen Parlament.

Von 14. bis 22. Februar 2018 fand im Rahmen eines Arbeitsbesuches in Lusaka der erste Workshop zur Erstellung der ICT Strategie statt. Der Leiter der IT Abteilung des österreichischen Parlaments, Peter Reichstädter, stand für den Workshop als Resource Person zur Verfügung.

In diesem ersten Workshop konnten in einem partizipativen Prozess sowohl

die Vision als auch die Mission und 5 grundlegende Zielsetzungen der Strategie erarbeitet werden.

Der Kreis der Teilnehmer\_innen setzte sich einerseits aus leitenden Mitarbeiter\_innen der verschiedenen Abteilungen des sambischen Parlaments, Abgeordneten aber auch aus IT Expert\_innen von Smart Zambia, einer Regierungsinstitution zur Förderung von e-governance, zusammen. Der stellvertretende Parlamentsdirektor, Roy Ngulube, betonte in seiner Eröffnungsrede, dass der IT eine wichtige Bedeutung zukommt, wenn es darum geht das Parlament näher an die Menschen zu bringen. Deshalb sei die Kooperation mit dem österreichischen Parlament im Rahmen des Parlamentarischen NordSüdDialogs sehr wichtig. Er bedankte sich bei den Projektdonoren, der Austrian Development Agency und dem Land OÖ, und beim österreichischen Parlament für die Unterstützung.

Aktuell unterlaufen die einzelnen Abteilungen des sambischen Parlaments im Hinblick auf die 5 Zielsetzungen der ITC Strategie einer Evaluierung, deren Ergebnisse in das Dokument einfließen sollen. In einem zweiten Workshop Mitte Oktober 2018 in Lusaka soll die Strategie finalisiert werden.



Der Projektbereich „ICT Strategie“ wird vom Leiter der IT-Abteilung des österreichischen Parlaments fachlich begleitet. Peter Reichstädter ist u.a. Mitglied der Expert\_innengruppe für Open Source in der öffentlichen Verwaltung. Im Bild links Mwango Sharpe, Assistant Principle Clerk für ICT Angelegenheiten des sambischen Parlaments.



Der Austausch in heterogenen Kleingruppen war wichtig für die Erarbeitung unterschiedlicher Sichtweisen und daher Ansprüchen an die ICT Strategie.



Der Kreis der Teilnehmer\_innen am Workshop in Lusaka setzte sich einerseits aus leitenden Mitarbeiter\_innen der verschiedenen Abteilungen des sambischen Parlaments, Abgeordneten aber auch aus externen IT Expert\_innen zusammen.  
Alle Fotos: © Jutta Keplingler

## Internationale Best-Practice Beispiele für elektronische Partizipation auf parlamentarischer Ebene\*

Günther Scheffbeck, Leiter der Stabstelle „Parlamentarismusforschung“ der Parlamentsdirektion

Die Zahl der Beispiele für praktisch eingesetzte Werkzeuge elektronischer Petition und Konsultation ist mittlerweile groß; manche beanspruchen lediglich „Pilot“-Charakter, andere befinden sich bereits im Regelbetrieb. Eine systematische Analyse und Bewertung hätte weit auszuholen; hier daher nur eine kleine exemplarische Auswahl:

Das junge schottische Parlament hat seine Innovationskraft unter Beweis gestellt, indem es bereits im Jahr 2000 ein elektronisches Petitionssystem etabliert und es 2004 in den Regelbetrieb übergeführt hat. Andere Parlamente, wie der Deutsche Bundestag, der 2005 ein neues Online-Petitionsinstrument geschaffen und 2008 den Regelbetrieb damit aufgenommen hat, sind gefolgt. Der österreichische Nationalrat hat 2011 immerhin die Möglichkeit eingeführt, zu den weiterhin papierförmig einzubringenden Petitionen und Bürger\_inneninitiativen elektronische Zustimmungserklärungen abzugeben. Die seit 2012 wirksamen Regelungen für die Einbringung Europäischer Bürgerinitiativen bei der Kommission erlauben auch den Einsatz von Online-Systemen für die Sammlung von Unterschriften, der freilich in der Praxis auf große technisch-organisatorische Anfangsschwierigkeiten gestoßen ist. Unter den afrikanischen Parlamenten nimmt die transnationale Ostafrikanische Legislativversammlung eine Pionierrolle in der Einführung eines elektronischen Petitionsinstruments ein. Natürlich können Petitionsinstrumente auch von privaten Webportalen unterstützt werden: in Finnland etwa konkurrenziert das private „Offene Ministerium“ die staatliche Website für die Einbringung von Bürger\_inneninitiativen.

Noch vielfältiger sind die Modelle elektronischer Konsultation auf allen Ebenen: Nationale Regierungen und Parlamente

setzen elektronische Konsultationsinstrumente ebenso ein wie kommunale Einrichtungen oder die europäische Kommission, welche sich dafür zehn Jahre lang insbesondere der „Your Voice in Europe“-Plattform als zentraler Schnittstelle bedient hat. Neben Politikentwürfen, wie sie etwa in „Weißbüchern“ festgehalten sind, und Gesetzentwürfen werden in so genannten „Bürgerhaushalten“ auch Budgetentwürfe zur Konsultation gestellt; in Deutschland ist dafür das 2007 erstmals erprobte Kölner Modell, welches medienübergreifend angelegt ist, das Schwergewicht aber auf die Nutzung einer Webplattform legt, vorbildhaft geworden. Auch in Österreich haben sich elektronische Konsultationen auf kommunaler Ebene als besonders effektiv erwiesen, etwa das Projekt „e-generation.at“, in dessen Rahmen schon im Jahr 2005 Ebereichsdorfer Jugendliche ihre politischen Anliegen priorisiert haben.

Ein international viel beachtetes Beispiel zeigt ein oder das Grundproblem partizipativer Demokratie: Die sich der „LiquidFeedback“-Software bedienende Webplattform „LiquidFriesland“ bot ab 2012 den Bürgerinnen und Bürgern des norddeutschen Landkreises Friesland die Möglichkeit, auch unter themenspezifischer Stimmdelegation an der Meinungsbildung zu aktuellen kommunalpolitischen Gegenständen mitzuwirken, und zwar sowohl zu Initiativen aus der Zivilgesellschaft als auch zu solchen aus der Verwaltung. Die durchschnittliche Beteiligungsrate lag bei weniger als 0,03 % der Bevölkerung – stell Dir vor, es ist Demokratie, und keiner geht hin! Partizipative Demokratie setzt die Bereitschaft voraus, die Mitwirkungsmöglichkeiten, die sie eröffnet, auch zu nutzen; diese Bereitschaft kann auch durch das beste elektronische Werkzeug nicht ersetzt werden.

\* Ein Artikel zu den theoretischen Grundlagen elektronischer Partizipation in Parlamenten findet sich im Vorgängerbericht des Parlamentarischen NordSüdDialogs, Dezember 2017.

# Trust in Parliaments in selected African countries

Xolani Zitha, Independent Researcher



The prospects for stronger political governance practices in Africa cannot be fully discussed without mentioning the importance of effective institutions across all areas of government. Strong institutions protect countries against personalized rule and bring a sense of

predictability in political competition and adjudication of disputes. Indeed, the indispensability of strong institutions for development is recognized in Sustainable Development Goal 16 which focuses on peace, justice and strong institutions.

How much trust do Africans have in institutions on the continent, and which institutions do citizens trust the most? The answer reveals surprising patterns, e.g. religious leaders enjoy far greater citizen trust than do courts of law, elected officials and law enforcement agencies (Fig. 3).

Taking a deeper look at legislatures shows that the gap in levels of trust expressed by citizens in their legislatures is narrowing (Fig. 1). No longer are legislatures seen as insignificant institutions, African citizens now appreciate the need to check executive power by subjecting executive decision making to legislative oversight. This was not the case a few decades ago as legislatures were merely seen as rubberstamping institutions. Somewhat surprisingly, people with no formal education have most trust in parliament, while higher educated persons seem to be more critical (Fig. 2).

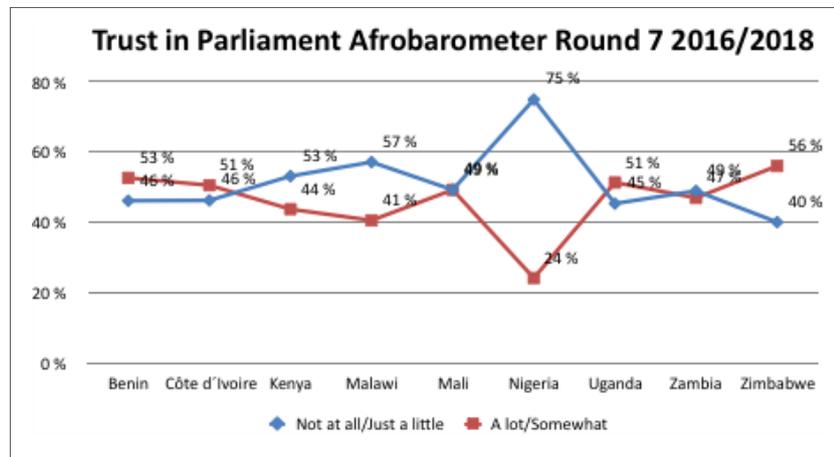
It is worth noting from the data analysed for 9 different African countries, that Nigeria has the largest institutional trust gap for legislatures with 75 % of citizens expressing low levels of trust in their national assembly while only 24 % have a high degree of trust in their national assembly. The fact that religious leaders attract greater trust than courts of law and legislatures deserves further exploration in order to understand the drivers of citizen perceptions of institutions.

**THE AUTHOR**

Born in Zimbabwe, Xolani Zitha is an independent researcher in South Africa. He was Director in the Office of the Speaker of Parliament in Zimbabwe (2009-2013) and holds a Master in Public Administration for Harvard University.

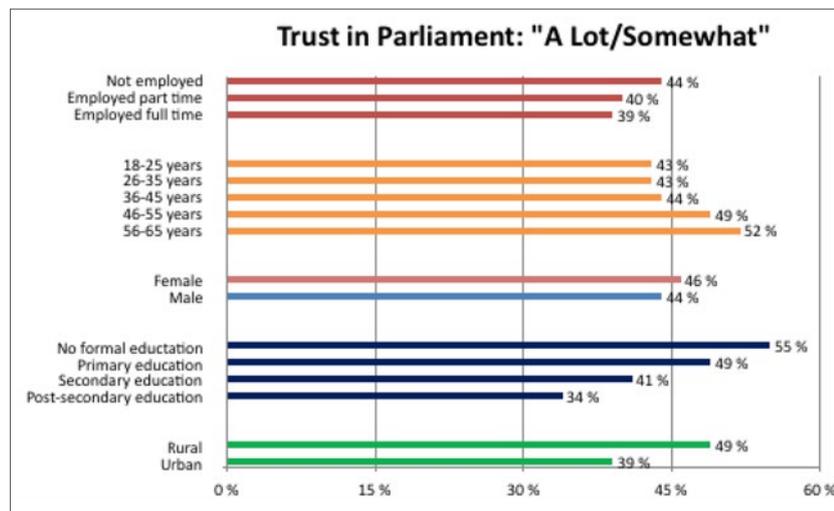
The Afrobarometer is a pan-African, independent, non-partisan research network that measures public attitudes on economic, political, and social matters in Africa in regular intervals – [www.afrobarometer.org](http://www.afrobarometer.org)

Fig. 1: Trust in Parliament – comparison of 9 countries



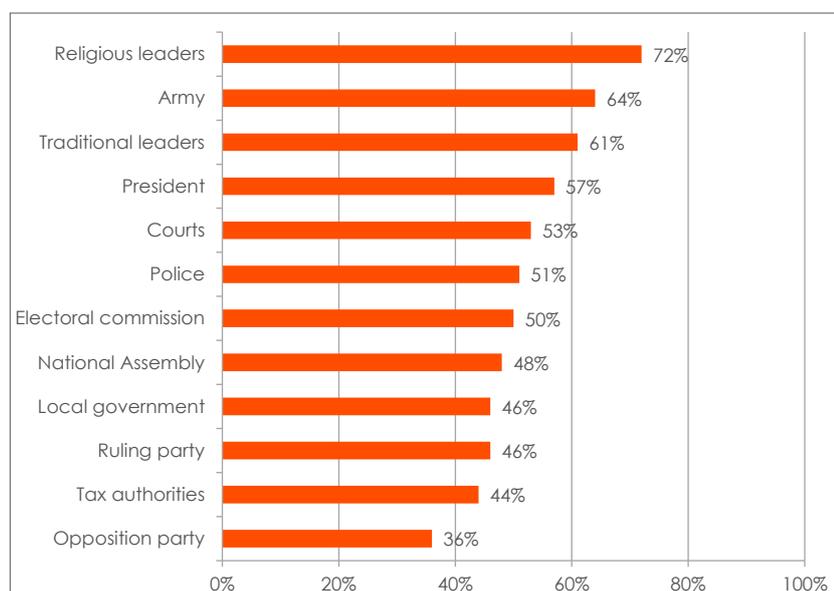
Data Source: Afrobarometer Afrobarometer Round 7 (<http://afrobarometer.org/>)

Fig. 2: Trust in Parliaments across demographic variables



Data Source: Afrobarometer Afrobarometer Round 7 (<http://afrobarometer.org/>)

Fig. 3: Popular trust in institutions by type, 36 African countries 2014/15.



Data Source: Afrobarometer dispatch 112, August 2016. ([http://afrobarometer.org/sites/default/files/publications/Dispatches/ab\\_r6\\_dispatchno112\\_trustworthy\\_institutions\\_and\\_development\\_in\\_africa.pdf](http://afrobarometer.org/sites/default/files/publications/Dispatches/ab_r6_dispatchno112_trustworthy_institutions_and_development_in_africa.pdf))

## ZAHLEN / DATEN / HINTERGRÜNDE

### NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Das Ziel 8 der Sustainable Development Goals bezieht sich darauf, „Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle zu erreichen und zu fördern“.

In diesem Zusammenhang geht es nicht lediglich um das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf, sondern vielmehr auch um eine gerechte Einkommensverteilung, technologische Innovation, das Schaffen von menschenwürdigen Arbeitsplätzen oder die Senkung des Anteils jener jungen Menschen, die keine Schul- oder Berufsausbildung durchlaufen haben.

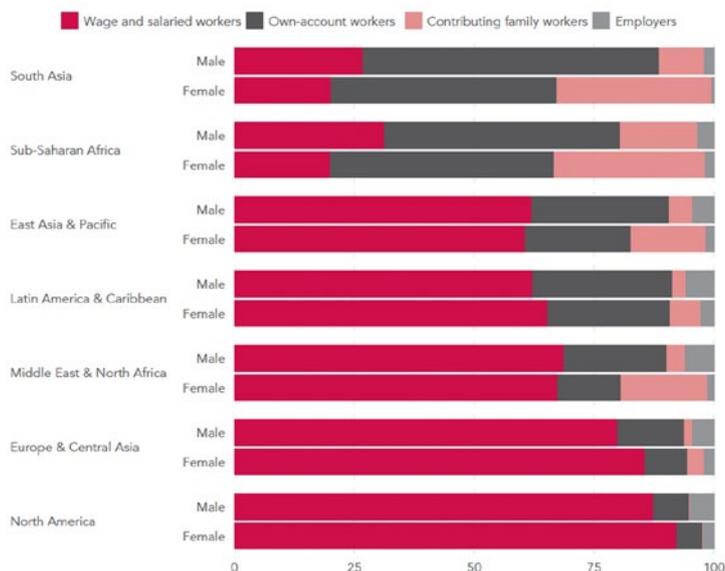
Wesentliche Eckpunkte sind außerdem, dass entwicklungsorientierte Politiken und Maßnahmen beschlossen und ergriffen werden, die produktive Tätigkeiten fördern und die Formalisierung von Klein-, Klein- und Mittelunternehmen unterstützen. Gerade diese Formen der Beschäftigung unterliegen häufig einer Form von (Selbst) Ausbeutung und werden als prekär angesehen (8.3).

Derartige Unterstützungen hängen oftmals mit der Verfügbarkeit von Kapital zusammen, daher soll der Zugang zu Finanzdienstleistungen begünstigt werden (8.10). Beschäftigung soll zudem gleichwertig für alle Frauen und Männer geschaffen werden (8.5).

**Many people in South Asia and Sub-Saharan Africa work for themselves or their family. They are more likely to lack social safety nets, and they face a greater risk from economic shocks than salaried workers do.**

Employment type, 2016 (% of total employment)

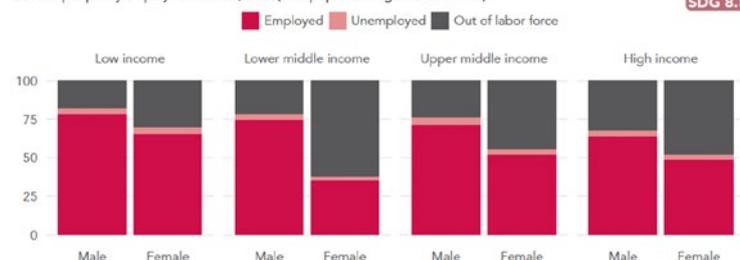
SDG 8.3



**Globally, women are less likely to be employed than men, but the gap is most pronounced in lower-middle-income countries.**

Share of people by employment status, 2016 (% of population ages 15 and older)

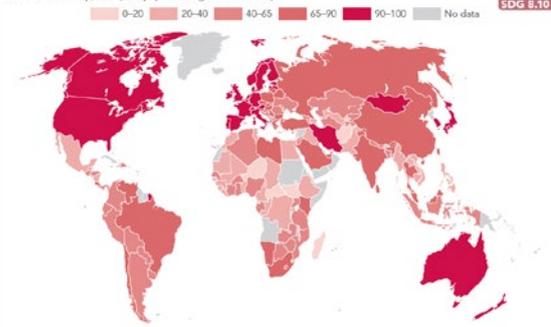
SDG 8.5



**Access to financial services benefits individuals and societies. Globally, 69 percent of adults have an account with a financial institution or mobile money provider.**

Account ownership, 2017 (% of population ages 15 and older)

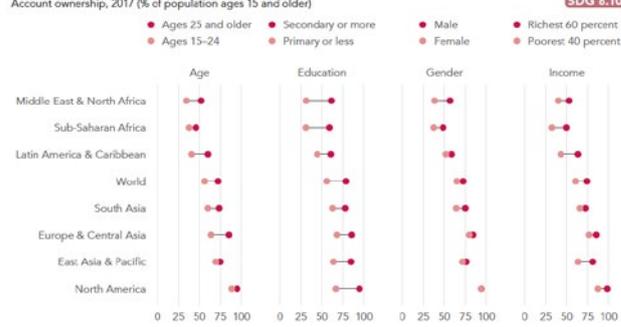
SDG 8.10



**Financial account ownership is lower among younger adults, those with less education, women, and poorer adults.**

Account ownership, 2017 (% of population ages 15 and older)

SDG 8.10



Quelle: Weltbank SDG Atlas 2018, <http://datatopics.worldbank.org/sdgateatlas/SDG-08-decent-work-and-economic-growth.html>